

Antrag der Fraktion der Grünen:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zukünftig auf allen Sitzungsvorlagen, als Entscheidungshilfe, den durch die dort dargestellten Maßnahmen entstehenden Klimaeinfluss zu vermerken.

Stadt Werther (Westf.)	
16. Dez. 2020	
FB:	Anlage/n:



→ Altkreisrat
→ FB1
→ UWR

→ FB2
→ FR4

Nach dem Wortlaut des Antrags sollen bei allen Maßnahmen die damit verbundenen CO₂-Emissionen ermittelt und in den jeweiligen Sitzungsvorlagen, gleichwertig zum Finanz- oder Personalbedarf, benannt werden. Um den Aufwand für die CO₂-Bilanz hinsichtlich Zeit- Personal- und Kostenaufwand gering zu halten, soll eine Abschätzung mit einem Toleranzbereich von 10 % genügen.

Begründung des Antrages:

Die Emission von Kohlendioxid (CO₂) aus fossilen Energieträgern ist maßgeblich für den derzeit stattfindenden, durch menschliches Handeln verursachten Klimawandel verantwortlich. Somit ist die Einsparung von CO₂ eine der vordringlichsten Aufgaben für den Schutz der Natur und Bevölkerung, und Aufgabe jedes politischen Handelns.

Damit alle politisch Verantwortlichen ihr Votum zu Beschlussvorlagen vor diesem Hintergrund sicher treffen können, ist es nach Auffassung der Fraktion der Grünen zwingend notwendig, dass die Entscheidungstragenden die Auswirkungen der Beschlüsse auf das Klima kennen.

Die menschengemachte globale Erderwärmung ist eine bisher nie dagewesene Herausforderung. Sofortige, weitreichende und konkrete Maßnahmen auf lokaler Ebene sind genauso wichtig wie politisches Handeln auf nationaler und internationaler Ebene.

Im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 vereinbarte die internationale Staatengemeinschaft das Ziel, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2,0 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Hintergrund dafür war die Einschätzung, dass bei einer Erwärmung unterhalb dieser Grenze deren Folgen weitgehend kontrollierbar bleiben. Inzwischen ist entsprechend der Feststellungen des Weltklimarats IPCC in seinem Sonderbericht von 2018 „1,5° globale Erwärmung“ jedoch von einem exponentiellen Anstieg der Risiken zwischen den Zielmarken von 1,5 und 2,0 Grad auszugehen. Um die 1,5-Grad-Grenze einzuhalten, müssen den Empfehlungen des Berichtes folgend ab 2020 die globalen CO₂-Emissionen sehr schnell fallen, um die angestrebten Klimaziele noch erreichen zu können.

Die Stadt Werther hat im Jahr 2012/3 ein „Integriertes Klimaschutzkonzept“ erarbeiten lassen, das detaillierte Maßnahmenempfehlungen aufgezeigt hat. Daraufhin wurden Beschlüsse gefasst und umgesetzt. Dazu gehören die Einführung einer kostenlosen Energieberatung, die Förderung von PV-Anlagen und die Einstellung einer Klimaschutzmanagerin im Jahr 2016. Als Ziel wurde im November 2014 beschlossen, bis 2022 die örtlichen CO₂-Emissionen gegenüber 2011 um 25 % zu reduzieren und bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden.

Der momentane Stand der Einsparungen ist jedoch nicht hinreichend bekannt, genauso wie die Auswirkungen der Beschlüsse des Rats im Hinblick auf das Erreichen dieses Ziels. Mittlerweile existieren sowohl Beispiele aus anderen Kommunen zur Berechnung der CO₂-Auswirkungen kommunaler Beschlüsse im Rahmen einer sogenannten Klimawirkungsprüfung (Deutsches Institut für Urbanistik, Difu; Klimaschutz in öffentlichen Projekten - www.köp.de; Energieagentur.NRW) als auch kostenfreie Software-Lösungen (Energieagentur.NRW), auf die die Stadt zurückgreifen kann, um den zusätzlichen Arbeitsaufwand zu reduzieren. Das Difu hat beispielsweise in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag eine Orientierungshilfe erarbeitet, wie eine Prüfung der Klimarelevanz bei der Erstellung von Beschlussvorlagen bzw. bei Anträgen in den kommunalen Vertretungskörperschaften gestaltet werden kann. In diese Orientierungshilfe sind die Erfahrungen aus mehr als 90 Kommunen eingeflossen. Sie schlägt einen zweistufigen Prozess vor, der in der ersten Stufe aus einer Vor-Einschätzung der Klimarelevanz und in der zweiten Stufe aus einer Prüfung der Klimarelevanz anhand einer quantitativen Bilanzierung des Treibhausgas(THG)-Ausstoßes in CO₂-Äquivalenten besteht. Die Difu-Orientierungshilfe steht unter www.klimaschutz-niedersachsen.de/ klimanotstand Verfügung.

Mit dem Beschluss dieses Antrags bestätigt der Stadtrat, dass die Eindämmung des vom Menschen verursachten Klimawandels in der städtischen Politik eine sehr hohe Priorität besitzt und zukünftig bei allen Entscheidungen grundsätzlich zu beachten ist.

Gez. für die Fraktion:

Thorsten Schmolke

Anne-Kathrin Warzecha